

Karen Horn

Autoritäre Herrschaft und Populismus aus der Perspektive der ökonomischen Ideengeschichte

„Populismus“ und „Autoritarismus“ sind moderne politikwissenschaftliche Begrifflichkeiten, die sich in der älteren volkswirtschaftlichen Literatur so nicht finden. Auch sind die ökonometrischen Methoden, die den Wurzeln und Auswirkungen dieser politischen Erscheinungen näher zu kommen erlauben, erst jüngeren Datums. Das bedeutet allerdings nicht, dass es Vergleichbares früher nicht gab. Ganz im Gegenteil: Die ökonomische Ideengeschichte hat zu diesem aktuell wieder so drängenden Themenkomplex Gehaltvolles beizusteuern.

Die heutzutage mit „Populismus“ und „Autoritarismus“ bezeichneten politischen Erscheinungen werfen die fundamentale Frage auf, wie eine gedeihliche Ordnung zu formen ist, die beide gar nicht erst entstehen lässt. Unter Populismus ist die politische Technik des Manichäismus und der Exklusion zu verstehen, die zumeist ins Völkische und Illiberale führt (Rovira Kaltwasser et al., 2017; Horn et al., 2025). Autoritarismus ist eine zentralisierte, undemokratische und ebenfalls illiberale Herrschaftsform, die in den Totalitarismus mündet, also in die komplette Gleichschaltung der Gesellschaft und das Aufgehen der individuellen Persönlichkeit im abstrakten Kollektiv (Ermakoff, 2025).

Diese Frage nach einer gedeihlichen Ordnung zieht sich spätestens seit Adam Smith durch die von ihm zu einem eigenständigen Fachgebiet konsolidierte ökonomische Wissenschaft – disziplinär fokussiert und konditioniert auf das Ziel einer Verbesserung vor allem der materiellen Lebensbedingungen möglichst aller Menschen. Sie ist dabei aber an der Schnittstelle von politischer Philosophie, Geschichte und Ökonomik angesiedelt. Mithin ist es wenig erstaunlich, dass sich in den Wirtschaftswissenschaften hilfreiche Diagnosen und weiterführende Ansätze zu Antworten auf diese Frage vor allem bei jenen Personen finden, die bewusst über den Tellerrand ihrer Disziplin schauten und sich für die Institutionen interessierten, innerhalb derer das Wirtschaftsgeschehen abläuft.

In meinem hier zu unternehmenden Kurzausflug in die ökonomische Ideengeschichte werde ich an drei chro-

nologisch aufeinanderfolgenden Stationen Halt machen: 1) in der Klassik bei dem Schotten Adam Smith, dessen Grundzüge einer politischen Theorie nach einer holprigen Rezeptionsgeschichte seines Werks erst in jüngerer Zeit wieder auf die gebotene Wahrnehmung stoßen, 2) in der Freiburger Schule, hier vertreten durch Walter Eucken und Constantin von Dietze sowie, in der eng verwandten österreichischen Theorie, bei Friedrich Hayek, und schließlich, dann schon nahe an der Gegenwart, 3) in der modernen politischen Ökonomie bei dem Amerikaner Mancur Olson.

Während sich Smith noch auf die erfreuliche Aufgabe konzentrieren konnte, Erklärungen für den materiellen Aufstieg – den wachsenden Wohlstand – von Nationen zu suchen, sah sich Eucken angesichts der Verfallserfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik zu Krisendiagnosen veranlasst, die den Weg Deutschlands in den politischen und wirtschaftlichen Abgrund erst erahnen ließen und dann theoretisch fassbar machten. Sie waren die Grundlage für seinen diametral entgegengesetzten, für eine bessere Zukunft gedachten Ordnungsentwurf. Bei Dietze und Hayek wiederum finden sich luzide und auf-rüttelnde – und wohl eher unbekannte – auf die NS-Zeit zurückblickende Beschreibungen der Funktionsweise einer populistischen Propaganda, die den Weg in Auto-

Prof. Dr. Karen Horn lehrt ökonomische Ideengeschichte an der Universität Erfurt, ist Co-Chair und Koordinatorin des Netzwerks für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie (NOUS) und Mitherausgeberin und Chefredakteurin des Fachjournals „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

ritarismus und Totalitarismus bahnt und sozialpsychologische Flurschäden in der Gesellschaft hinterlässt. Olson schließlich hat mit seiner politökonomischen Anreiztheorie eine neue, fruchtbare Perspektive auf die innere Logik von Autokratien eröffnet.

Adam Smith: Feudalismus hemmt Wachstum

Adam Smith, 1723 im schottischen Hafenstädtchen Kirkcaldy als Sohn eines Anwalts und Zollkommissars geboren, war nicht nur der Ökonom, als den man ihn heute hauptsächlich kennt, sondern vielmehr ein vielseitig interessierter Philosoph der schottischen Aufklärung. Internationale Berühmtheit erlangte er zunächst mit seiner 1759 erstmals veröffentlichten moralphilosophischen „Theory of Moral Sentiments“ (Smith, 1982a), einer Theorie individueller moralischer Urteilsfindung und kollektiver Normengenese, bevor 1776 seine in Ökonomenkreisen weit hin bekannte „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ (Smith, 1981) erschien. Beide Werke hat Smith im Laufe seines Lebens mehrfach gründlich überarbeitet und erweitert. Zur Lektüre des „Wealth of Nations“ lohnt es sich, als Ergänzung und Vertiefung die älteren, aber erst 1895 und 1958 entdeckten Konvolute an Vorlesungsmitschriften von Studenten aus Smiths „Lectures on Jurisprudence“ an der University of Glasgow zu Rate zu ziehen (Smith, 1982b). Dies ermöglicht eine Rekonstruktion von Smiths (nur in Grundzügen skizzierter) politischer Theorie (Hont, 2009; Sagar, 2022; für einen umfassenden Survey zum aktuellen Stand der Smith-Forschung vgl. Horn, 2023). Diese Theorie geht von einer klaren Erkenntnis aus, die sich auf folgende Formel bringen lässt: Autoritäre Herrschaft bedeutet Rechtlosigkeit und schadet der Wirtschaftsentwicklung.

Ein erster Hinweis auf die Bedeutung einer geeigneten, individuelle Freiheitsrechte garantierenden politischen Ordnung findet sich in den „Lectures“ im Zusammenhang mit Smiths Erörterung des Einflusses auf die Sitten, wenn sich die Menschen untereinander wie Händler verhalten, sodass die sozialen Beziehungen von jener Nützlichkeit gesteuert sind, welche Marktbeziehungen sowohl erfordern als auch erbringen („commercial society“). Damit gehe stets ein Schwund der Verteidigungsfähigkeit einer Gesellschaft einher – eine aufregende Beobachtung. Als Beispiel verweist Smith auf eine Begebenheit, die ihn selbst, als er erst 22 Jahre alt war, erschüttert hatte: Damals, im Jahr 1745, „four or 5 thousand naked unarmed Highlanders took possession of the improved parts of this country without any opposition from the unwarlike inhabitants. They penetrated into England and alarmed the whole nation, and had they not been opposed by a standing army they would have seized the throne with little difficulty“ (Smith, 1982b, Randziffer 331-333). Regie-

truppenschlügen den Umsturzversuch der Anhänger des Hauses Stuart, der „Jakobiten“, in der Battle of Culloden schließlich mit brachialer Gewalt nieder. Smith war erleichtert. Er hatte erkannt, dass hier zwei politische Systeme aufeinanderstießen: Auf der einen Seite stand die rückschrittliche, feudale Ordnung der Highlands, wo die mächtigen Clanchefs von einem absoluten Herrscher aus dem Hause Stuart den Fortbestand ihrer Privilegien erwarteten. Ihnen war es ein Leichtes, die abhängigen armen Bauern in die Schlacht zu zwingen. Auf der anderen Seite stand die eben nicht mehr feudale, sondern fortschrittliche und liberale Ordnung Englands, die sich auch in den schottischen Lowlands durchgesetzt hatte. Sie war bedroht gewesen – aber hatte überlebt.

Im „Wealth of Nations“, inzwischen 250 Jahre alt, leitet Smith nach Darstellung seiner wesentlichen ökonomischen Theorie im dritten „Buch“ einen natürlichen Entwicklungs- und Wachstumspfad einer Volkswirtschaft her, entlang einiger Stufen. Es handelt sich dabei nicht um das Postulat eines Fortschrittsgesetzes, sondern schlicht um ein Gedankenexperiment. Smith konstatiert: „Had human institutions, therefore, never disturbed the natural course of things, the progressive wealth and increase of the towns would, in every political society, be consequential, and in proportion to the improvement and cultivation of the territory or country“ (Smith, 1981, III.i.4). Dass dies aber nicht der Fall war, musste im Umkehrschluss mit den real existierenden „human institutions“ zusammenhängen. In einem weit ausgreifenden historischen Rückblick stellt Smith nun fest, dass offenbar die Überwindung des Feudalismus – also einer Frühform des oligarchischen Autoritarismus – und die Herausbildung des Rechtsstaats mit der Garantie individueller Freiheitsrechte und der politischen Gewaltenteilung für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend waren. Nur waren sie nicht der Normalfall, sondern das Produkt glücklicher Zufälle. In der Führungsrolle sieht er den Aufstieg des Bürgertums und der Städte im Zuge der Arbeitsteilung sowie der damit verbundenen Ausweitung von Marktgebieten.

Eucken: Wettbewerb gegen Planwirtschaft und Autoritarismus

Die Smith'sche Lehre entfaltete in vielen Ländern Europas politische Wirkung. In Deutschland gaben seine ökonomischen Erkenntnisse und Fingerzeige für den aufgeklärten Gesetzgeber Impulse für die Stein-Hardenberg'schen Reformen, mit denen sich Preußen vom einst absolutistischen Stände- und Agrarstaat zum aufgeklärten National- und Industriestaat wandelte. Konkret verdankte sich dies unter anderem der nunmehr eingeführten Gewerbefreiheit, der Gleichstellung der Bürger und dem breiteren Zugang zu Bildung. In den Augen Walter Euckens, 1891

als Sohn des Philosophen Rudolf Eucken in Jena geboren, hatte sich die segensreiche Wirkung der liberalen Lehre indes im 19. Jahrhundert erschöpft. In seinen Krisendiagnosen der 1920er und frühen 1930er Jahre lastet Eucken dem Kapitalismus und der Industrialisierung die Verursachung einer Sinnkrise an. In seinem Aufsatz „Religion – Wirtschaft – Staat“ (Eucken, 2023a) warnt der Freiburger Nationalökonom 1932, vor dem Hintergrund des heraufziehenden Nationalsozialismus, vor jedwedem „Politismus“, also der Illusion, „vom Staate her, durch das Aufgehen des Einzelnen im Staat“, durch die „Auslöschung der Persönlichkeit“, könne dem Leben „wieder ein umfassender Sinngehalt verliehen werden“ (S. 162). In seinem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“ (Eucken, 2023b) aus demselben Jahr gibt er die Losung aus, es gelte Staat und Wirtschaft nicht etwa komplett zu politisieren, wie es damals die Nationalsozialisten forderten, sondern man müsse im Gegenteil diese beiden gesellschaftlichen Sphären entwirren, durch eine Entpolitisierung der Preisbildung und die Wiederherstellung des Wettbewerbs. Bei diesem Aufsatz (Eucken, 2023b) handelt es sich um einen programmatischen Schlüsseltext des sich in der Folgezeit in der Freiburger Schule herausbildenden Ordoliberalismus. Die historische Entwicklungslinie, die in den nationalsozialistischen Autoritarismus und Totalitarismus führte, fasst Eucken 1947 in der zweiten, erweiterten Auflage seiner kleinen Schrift „Nationalökonomie wozu?“ (Eucken, 1947) konzis zusammen: Der freien Wirtschaft fehlte es an Vorkehrungen zur Sicherung des Wettbewerbs, und so verkam sie „zu vermachteter Wirtschaft“, verbunden mit Vermassung und Unfreiheit, weil „der Einzelne [...] von dem anonymen Apparat der Großkonzerne, Trusts und anderer Machtgruppen abhängig“ wurde (S. 75). Krisen aufgrund des Versagens der freien kapitalistischen Wirtschaft hätten den Staat zu Eingriffen veranlasst und auf diese Weise die Tendenz zur Planwirtschaft – Eucken spricht von „Zentralverwaltungswirtschaft“ – geschaffen. Paradox gefasst: „Die sogenannte ‚freie‘ Wirtschaft ist die ‚Vorfrucht‘ einer Wirtschaftsordnung zentralverwaltungswirtschaftlichen Charakters“ (S. 76 f.).

Dieser Krisendiagnose entspringt in den vierziger Jahren Euckens Gegenentwurf der „funktionsfähigen und menschenwürdigen“ Wettbewerbsordnung. Damit schließt er die Lücke, die er im Werk Smiths sieht: Er hält diesem vor, nicht erkannt zu haben, dass der Staat aktiv Vorkehrungen treffen muss, um den Wettbewerb auf Dauer zu garantieren (Horn, 2020). Doch das ist nach Euckens Erkenntnis nicht nur für die wirtschaftliche Effizienz entscheidend, sondern eben auch dafür, privatwirtschaftliche Machtballungen, deren Instrumentalisierung der Politik und ein Abgleiten in „Gruppenanarchie“ und in einen Wirtschaftsstaat mit autoritärer Lenkung zu ver-

hindern. In seinem Vortrag zum „Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung“ aus dem Jahr 1941 hält Eucken fest, dass nach Kriegsende der deutschen Wirtschaft eine Gesamtordnung zu geben sei, in der auch „die unabdingbaren Freiheitsrechte des Menschen wirklich gewahrt sind“ (Eucken, 1942, S. 44). Eucken plädiert ausdrücklich nicht für eine „freie Wirtschaft“ im Sinne eines Laissez-faire. So entstünde bloß wieder „eine Industriegewirtschaft [...], die von privaten Machtstellungen stark durchsetzt ist – und zwar stärker als jemals früher“ (S. 36). Aber die Preise müssten sich „wieder auf Grund der faktischen Knappheit der einzelnen Güter bilden und so diese Knappheit zutreffend anzeigen“ (S. 33). Die Industriekonzentration sei rückabzuwickeln. Als dritten Weg zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und freier Wirtschaft präsentiert Eucken sein Konzept der Wettbewerbsordnung, die für echten Leistungswettbewerb sorgt, sodass sowohl Anbieter als auch Nachfrager jeweils untereinander konkurrieren und „den Preis, der sich auf dem Markte bildet, als Datum an[sehen]“ (S. 38). Kartelle seien zu zerschlagen, Monopole aufzulösen. In Ausnahmefällen, wenn die Auflösung von Monopolen nicht sinnvoll sei, müsse eine Monopolkontrolle greifen, die von Fall zu Fall die Preise so festsetze, dass sie „den Preisen vollständiger Konkurrenz [...] entsprechen“ (S. 41) und dass insgesamt „der Wirtschaftsprozess möglichst so abläuft, als ob vollständige Konkurrenz bestünde“ (S. 40). Zur Aufgabe des Staates gehöre dabei, „für eine Ordnung des Geldwesens zu sorgen, in deren Rahmen eine größere Deflation oder Inflation nicht stattfinden kann“ (S. 45).

Dietze und Hayek: Das Ende der Wahrheit

Der Agrarökonom Constantin von Dietze, Mitglied der Bekennenden Kirche und wichtiger Mitstreiter Walter Euckens in den Freiburger Kreisen, die Persönlichkeiten des aktiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus berieten, skizzierte 1945 in einem Universitätsvortrag den „Zerfall der Wahrheit“ unter der nationalsozialistischen Diktatur (Dietze, 1946). Es ist ein lesenswerter deskriptiver Beitrag aus dem eigenen Erleben der sozialpsychologischen Verheerungen des Autoritarismus, der den Lesenden unweigerlich Parallelen zu aktuellen Entwicklungen beispielsweise in den Vereinigten Staaten sehen lässt (Stichworte: „alternative facts“, „post truth world“). Dietze zitiert aus Hitlers „Mein Kampf“ die zeitlos zynische Erkenntnis, „daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglaubtwerdens liegt“ (S. 3), und beschreibt, wie die Wahrheit auch deshalb unterging, weil ihre Verbreitung gefährlich war und niemand sie noch hören wollte. Die Verlogenheit sei in alle Teile des Lebens eingedrungen, und parallel dazu habe das planwirtschaftlich-autoritäre Gift ein großes Bestechungssystem geschaffen.

Das Kapitel 11 der im selben Jahr erschienen deutschen Ausgabe von Friedrich Hayeks „Road to Serfdom“ (1945) trägt mit „Das Ende der Wahrheit“ einen ähnlichen Titel. Der österreichische Ökonom, der seit 1938 britischer Staatsbürger war, betrachtete den „Weg zur Knechtschaft“, ein sich bald zum Bestseller entwickelndes populärwissenschaftliches Buch, als seinen persönlichen „war effort“. Die in dem Buch enthaltene Warnung vor der Planwirtschaft und davor, dass mit einer Beschneidung der wirtschaftlichen Freiheit auch die persönliche und politische Freiheit Schaden nimmt, ist weithin bekannt. Wer das Buch heute wieder in die Hand nimmt, entdeckt allerdings darüber hinaus auch noch eine kraftvolle Argumentation zugunsten der modernen liberalen Demokratie – einer Demokratie, die nicht nur Volksherrschaft per Mehrheitsentscheid ist, sondern den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, die Checks and Balances umfasst. Hayek verteidigt, was auch heute wieder unter Beschuss steht: die Volkssouveränität, den Parlamentarismus, die freie Presse, die Unabhängigkeit der Justiz, kurz alle Checks and Balances, die dazu da sind zu verhindern, dass eine Regierung in der Lage ist, völlig willkürlich Einzelpersonen oder Einzelgruppen zu diskriminieren. In Kapitel 11 geht es konkret um die Funktionsweise populistischer Propaganda. Schon den Manichäismus der Populisten, Kern jeder modernen Populismus-Definition, erfasst Hayek präzise, wenn er schreibt: „Der Gegensatz zwischen ‚uns‘ und den ‚anderen‘ und der gemeinsame Kampf gegen die Gruppe der Fremden scheint das wesentliche Element jedes Glaubens zu sein, der eine Gruppe für eine gemeinsame Aktion fest zusammenkittet. Es ist daher ein Element, dessen sich immer diejenigen bedienen, die nicht nur die Unterstützung einer bestimmten Politik, sondern ein unbedingtes Gefolgschaftsverhältnis breiter Massen suchen“ (S. 179). Hayek beschreibt außerdem im Detail, wie die allmähliche Umwertung der Begriffe funktioniert, welche die Wahrheit zerstört. Sie hinterlasse die Menschen und die Gesellschaft insgesamt in tiefer Orientierungslosigkeit: „Die moralischen Folgen der totalitären Propaganda [...] vernichten jegliche Moral, da sie eine ihrer Grundlagen unterminieren, nämlich den Sinn für die Wahrheit und die Achtung vor ihr“ (S. 196).

Olson: Stationäre Banditen

Der amerikanische Ökonom Mancur Olson, 1932 in Grand Forks, North Dakota, als Sohn norwegischer Einwanderer geboren, nimmt in seinem Werk die Eucken'sche Krisendiagnose auf – vermutlich ohne sich dessen ganz bewusst zu sein. So schreibt er in „Macht und Wohlstand“, dessen englische Originalfassung im Jahr 2000 postum veröffentlicht wurde (Olson war 1998 gestorben), Gesellschaften würden „sklerotisch“, wenn „Minoritäten, so winzig, dass sie einen Anreiz haben, den Schaden, den sie der Gesell-

schaft zufügen, zu ignorieren (zum Teil deswegen, weil die Masse der Bürger das aus rationaler Ignoranz nicht zur Kenntnis nimmt), dennoch in der Lage sind, öffentliche Maßnahmen zu Gunsten ihres Wirtschaftszweiges oder Berufes zu beeinflussen oder sich zusammenzuschließen, um Preise oder Löhne in ihrem Markt zu erhöhen“ (S. 188 f.). In seiner anreiztheoretischen Analyse kommt er dann zu dem Ergebnis, dass liberale Demokratien grundsätzlich bessere wirtschaftliche Aussichten haben als Autokratien, selbst wenn Autokraten als „stationäre Banditen“ auftreten, davon ausgehen, dass ihr Regime stabil ist, und deshalb ein Interesse an langfristigem Wirtschaftswachstum haben, um sich dauerhaft bereichern zu können. Die Ressourcenallokation sei in Autokratien immer ineffizient im Vergleich zu rechtsstaatlich verfassten Demokratien; die Versorgung mit Kollektivgütern falle schlechter aus und die Eigentumsrechte seien weniger gut gesichert. Noch schlimmer sei die Lage im Fall instabiler Regime, wo Autokraten einen Anreiz haben, ihre Renten kurzfristig zu maximieren, was die Versorgung mit Kollektivgütern drückt, die Unsicherheit verschärft und die private Investitionsneigung drosselt. Die Achillesferse junger Demokratien – wie einst der Weimarer Republik und heute der osteuropäischen Staaten – liegt gemäß diesem Ansatz darin, dass weder die Mechanismen der Gewaltenteilung noch die Grundlagen einer wettbewerbserhaltenden Ordnungspolitik wirklich gefestigt sind, was sich in größerer Unsicherheit, Investitionszurückhaltung und Wachstumsschwäche niederschlägt.

Hiermit endet der Kurzausflug in die ökonomische Ideengeschichte zum Thema „Populismus und autoritäre Herrschaft“. Die Reiseandenken im Gepäck bestehen im Wesentlichen aus Warnungen und Mahnungen: Eine gedeihliche Ordnung, die Populismus und autoritäre Herrschaft gar nicht erst entstehen lässt, ist alles andere als selbstverständlich. Ist sie einmal errungen, gilt es alles daran zu setzen, sie zu erhalten und zu pflegen. Ihre Zerstörung bedeutet eine materielle wie auch immaterielle Katastrophe.

Literatur

- Dietze, C. v. (1946). *Der Zerfall der Wahrheit im Dritten Reich*. Novalis-Verlag.
- Ermakoff, I. (2025). *Conceptualizing authoritarianism*. In A. Wolf (Hrsg.), *The Oxford handbook of authoritarian politics*. Oxford University Press.
- Eucken, W. (1942). Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung. In G. Schmolders (Hrsg.), *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese* (S. 29–49). Duncker & Humblot.
- Eucken, W. (1947). *Nationalökonomie wozu?* (2. Aufl.). Verlag Helmut Küppers.
- Eucken, W. (2023a). Religion – Wirtschaft – Staat. Zur Problematik des Gegenwartsmenschen. In W. Eucken (2023), *Freiheit, Staat und Sozialismus* (S. 160–166). Mohr Siebeck.

- Eucken, W. (2023b). Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In W. Eucken (2023), *Freiheit, Staat und Sozialismus* (S. 176–198). Mohr Siebeck.
- Hayek, F. A. (1945). *Der Weg zur Knechtschaft*. Eugen Rentsch Verlag.
- Hont, I. (2009). Adam Smith's history of law and government as political theory. In R. Bourke & R. Geuss (Hrsg.), *Political Judgement* (S. 131–171). Cambridge University Press.
- Horn, K. (2020). Perpetuating prejudice: The difficult relationship between German ordoliberalism and Adam Smith. *History of Economic Ideas*, 28(2), 97–133.
- Horn, K. (2023). Kampf den Klischees: Die jüngere Adam-Smith-Forschung rollt die Interpretation des schottischen Gelehrten neu auf. Ein Survey. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 24(2), 184–219.
- Horn, K., Kolev, S., & Müller, J. F. (Hrsg.). (2025). *Liberal responses to populism*. De Gruyter.
- Olson, M. (2002). *Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen*. Mohr Siebeck.
- Rovira Kaltwasser, C., Taggart, P., Ochoa Espejo, P., & Ostiguy, P. (2017). Populism: An overview of the concept and the state of the art. In C. Rovira Kaltwasser, P. Taggart, P. Ochoa Espejo, & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism* (S. 1–24). Oxford University Press.
- Sagar, P. (2022). *Adam Smith Reconsidered: History, Liberty, and the Foundations of Modern Politics*. Princeton University Press.
- Smith, A. (1981). *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 2 Bde., Glasgow Edition, Liberty Fund.
- Smith, A. (1982a). *The Theory of Moral Sentiments* (Glasgow Edition). Liberty Fund.
- Smith, A. (1982b). *Lectures on Jurisprudence* (Glasgow Edition). Liberty Fund.

Title: *Authoritarian rule and populism from a perspective of the history of economic thought*

Abstract: ‘Populism’ and ‘authoritarianism’ are modern political science terms that are not found in older economic literature. The econometric methods that allow us to get closer to the roots and effects of these political phenomena are also relatively recent. However, this does not mean that there was nothing comparable in the past. Quite the opposite, the history of economic thought has a lot substance to contribute to this currently pressing issue.